



## Kommentar

Peter Bußjäger

# Erklärung von Bregenz

Die Bundesregierung will den Vorsitz Österreichs im Rat der EU zum Anlass nehmen, eine große Subsidiaritätskonferenz abzuhalten. Das hochrangige Treffen soll in Bregenz stattfinden und in eine „Erklärung von Bregenz“ münden. Das ist eine nette Geste

„In ihrem Programm für den Ratsvorsitz spricht die Bundesregierung zwar immer wieder von **Subsidiarität**, führt aber kein einziges konkretes Beispiel an.“

gegenüber Vorarlberg, das ja in Österreich als Bannerträger des Subsidiaritätsprinzips gilt. Diskutiert werden soll die Aufgabenverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten.

Welchen Einfluss die Erklärung von Bregenz haben wird, ist noch offen. Es fängt ja schon damit an, dass jeder unter Subsidiarität etwas anderes versteht: Spricht man mit Vertretern aus den Zentralstellen, ob das nun Brüssel oder Wien ist, spielt keine Rolle, dann bedeutet für sie Subsidiarität, dass die nachgeordneten Stellen, also Länder und Gemeinden, die Angelegenheiten wahrnehmen sollen, von welchen die Zentrale glaubt, dass sie nicht wichtig genug sind, um von ihr selbst erledigt zu werden.

Nimmt man das Subsidiaritätsprinzip dagegen beim Wort, wie es im EU-Vertrag fixiert ist, dann bedeutet es, dass die übergeordnete Ebene erst dann eine Aufgabe an sich ziehen darf, wenn sie von der nachgeordneten Ebene nicht hinreichend erfüllt wird. Da geht es also nur darum, ob die zuständige Ebene in der Lage ist, die Aufgabe angemessen wahrzunehmen. Ist sie das, stellt sich die Frage, ob es die höhere Ebene

auch oder sogar besser könnte, gar nicht.

Schlimmer als die Uneinigkeit im theoretischen Verständnis ist der Streit darüber, welche Aufgaben in der Praxis auf die Ebene der Mitgliedstaaten zurückverlagert werden könnten. In ihrem Programm für den Ratsvorsitz spricht die Bundesregierung zwar immer wieder von Subsidiarität, führt aber kein einziges konkretes Beispiel an. Dem kann freilich abgeholfen werden: Wer am Hochtannberg den schönen Wanderweg zum Körbersee beschreibt, dem fällt möglicherweise eine Tafel am Wegrand auf: Dieser Weg, so steht zu lesen, „wurde von der Europäischen Union, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und vom Land Vorarlberg gefördert“. Diese Tafel soll wohl den einen oder anderen Wanderer überzeugen, dass die EU etwas Gutes ist. Ökonomisch ist eine solche Mehrfachförderung eines kleinen Wanderwegs ein Unfug ersten Ranges. Man will gar nicht darüber nachdenken, über wie viele Schreibtische dieser Weg gewandert ist! Ein anderes Beispiel ist ein Wäldchen an der Sonnenseite des Walgaus, dessen Aufforstung stolz als Gemeinschaftswerk von EU, Bund und Land gepriesen wird. Solche Unsinnigkeiten ließen sich hundertfach finden!

Schön wäre es daher, wenn die Erklärung von Bregenz nicht nur Einigkeit darüber demonstrieren würde, dass Subsidiarität etwas Gutes ist, sondern auch zur Verbesserung der Arbeitsweise der EU im Interesse der Bürgerinnen und Bürger führen würde.



**PETER BUSSJÄGER**

peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.